

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	11.12.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Umsetzung HSK-Plus im Dezernat 1

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Rat 05.07.2012, Drucksachenummer 4376

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Personalausschuss stimmt den HSK-Ersatzmaßnahmen und der Konkretisierung des Anteils des Dezernates 1 in Höhe von 400.000 € an der HSK-Plus-Maßnahme „pauschaler Minderaufwand 2,6 Mio. €“ zu.

Begründung:

Die HSK-Kompensationsregelungen sehen vor, dass verwaltungsseitig ausfallende HSK-Maßnahmen durch alternative Maßnahmen zu ersetzen sind.

Darüber hinaus hat der Rat mit der Veränderungsliste Ergebnisplanung 2012, Drucksachen-Nr. 4376/2009-2014 am 5.7.2012 die Entwicklung zusätzlicher struktureller HSK-Maßnahmen im Umfang von 2,6 Mio. € zur Abmilderung bestehender Haushaltsrisiken beschlossen. Davon entfällt ein Teilbetrag in Höhe von 400.000 € auf das Dezernat 1.

Die Maßnahmen

- Nr. 50 Einführung von Lebensarbeitszeitkonten
- Nr. 52 Anbieterwechsel Veranlagungsverfahren
- Nr. 56 Vollständige Zusammenführung IBB mit GB I der SWB (full-servive-provider)

werden als nicht realisierbar angesehen bzw. sollen nach intensiver Prüfung nicht umgesetzt werden.

Die im Jahr 2014 umzusetzende und zunächst mit Pauschalen hinterlegte HSK-Maßnahme Nr. 71 ist noch zu konkretisieren. Dies gilt auch für die noch zu entwickelnden strukturellen Maßnahmen in einem anteiligen Volumen von 400.000 €.

Die Gesamtsumme dieser Änderungen liegt bei 1,094 Mio. € und wird durch die in der Anlage beigefügten HSK-Einzelmaßnahmen 71 und 254 I konkretisiert.

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.